

«Basler Deklaration» verabschiedet

Tierversuche Wissenschaftler verpflichten sich zu mehr Verantwortung bei Tierversuchen und fordern einen vorurteilsfreien Dialog mit der Öffentlichkeit.

Auf einer zweitägigen Konferenz zum Thema tierexperimentelle Forschung haben über 60 Wissenschaftler aus der Schweiz, Deutschland, England, Frankreich und Schweden die «Basler Deklaration» verabschiedet. Die Deklaration ist ein Aufruf zu mehr Vertrauen, Transparenz und Kommunikation im Umgang mit Tierversuchen.

Die Forscher wollen damit einen konstruktiven Beitrag zur Umsetzung der neuen EU-Tierversuchsrichtlinie in die nationalen Gesetze leisten. Gleichzeitig verpflichten sie sich zum verantwortungsvollen Umgang mit Tieren und zu einer intensi-

ven Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit. Obwohl kaum jemand die Erfolge der biomedizinischen Forschung infrage stellt, würden die Methoden der Wissenschaft zunehmend kritisiert. Insbesondere Tierversuche würden emotionalisiert und kaum noch sachlich diskutiert.

«Die Diskussionen im EU-Parlament über die neue Richtlinie zum Schutz von Versuchstieren waren hoch emotional und wenig faktenbasiert», sagte Stefan Treue, Direktor des Deutschen Primatenzentrums und deutscher Vorsitzender der Tagung. Die Folge seien immer stärkere Einschränkungen der tierexperimentellen Forschung, die nicht auf ethischen und objektiven Kriterien beruhen, sondern der

öffentlichen Stimmung folgen. Der Verein Basler Appell gegen Gentechnologie kritisiert in einer Mitteilung die «Panikmache» von Industrie und Forschung. Sobald es eine Diskus-

Die Deklaration ist ein Aufruf zu mehr Vertrauen im Umgang mit Tierversuchen.

sion über gesetzliche Regelungen gebe, würden die Wissenschaftler meist mit kräftiger Finanzhilfe der Industrie auf die Barrikaden steigen und ein Schreckensszenario

entwerfen. Die CVP Basel-Stadt und die CVP Baselland warnen vor einer übermässigen Einschränkung der Forschung mit Experimenten an Tieren. Sonst drohe die Abwanderung, etwa nach China. Dies schwäche einerseits den Wissenschafts- wie den Wirtschaftsstandort Basel und müsse vermieden werden, heisst es weiter in der Mitteilung. (SDA/BZ)